

# Rheinsberger Zeitung

Amfliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

**Bezugs-Preis**  
In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl Thürmann



Druck und Verlag  
C. Thürmanns Buchdruckerei  
Rheinsberg

**Anzeigen**  
Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-  
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6 ge-  
plante Zeilen oder deren Raum berechnet und bis  
vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 147

Fernsprecher

Sonnabend, den 18. Dezember 1926.

Nummer 87

32. Jahrgang

— Berlin, den 17. Dezember 1926.

## Chronik des Tages.

Die Reichsregierung hat den von den Sozialdemokraten geforderten Rücktritt abgelehnt und die Entscheidung über den Fortbestand der Regierung dem Reichstag überlassen.  
Das französische Kriegsgericht in Randan eröfnete heute den Gernersheimer Prozeß gegen den Unterleutnant Rouvier.  
Die Deutsche Demokratische Partei erklärte bei der Besprechung der Parteiführer in der Reichskanzlei, daß ihre Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht in Frage kommen.  
Die Wiener Bundesversammlung, hat mit 156 von 165 gültigen Stimmen den bisherigen Vizepräsidenten des Bundesrates Guinpee Notta zum Bundespräsidenten für das Jahr 1927 gewählt.  
Der französische Innenminister Klotz hat ein neues Wahlgesetz an, durch das die Wahlperiode von 4 auf 6 Jahre erhöht werden und alle 2 Jahre ein Drittel des Abgeordnetenhaus neu gewählt werden soll.

## Der Höhepunkt der Krise.

In den letzten Stunden vor der dritten Lesung des Nachtragshaushalts im Reichstag schien es, als wenn die innerpolitische Spannung noch einmal auf friedlichem Wege ausgeglichen und dadurch die drohende Regierungskrise vermieden werden könnte. Parteien und Regierung besaßen sich eingehend mit der Lage. Nach einer Kabinettsitzung, in der Dr. Stresemann über Genf Bericht erstattet hatte, empfing Reichskanzler Dr. Marx die Führer der Regierungsparteien und im Anschluß daran auch die Vertreter der Sozialdemokraten.

Das Reichskabinet hatte zuvor unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx einstimmig beschlossen, in Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition einzutreten. Darüber hinaus hatte die Regierung sofort weitere Schritte beantragt und die Regierungsparteien um eine klare Stellungnahme zu diesem Beschluß ersucht. Zentrum und Demokraten erklärten umgehend ihre Zustimmung, während die Deutsche Volkspartei zunächst eine Fraktionslösung abhielt, an der auch Reichskanzlerminister Dr. Stresemann teilnahm. Die Fraktion beschloß, sich grundsätzlich zu Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über eine Regierungsbildung bereit zu erklären. Der Reichskanzler teilte das Ergebnis seiner Besprechungen sofort den Sozialdemokraten mit.

Einen weiteren Gegenstand der Parteiverhandlungen bildete die von den Demokraten angeforderte Entschließung, in der bestimmte Sicherheiten dafür verlangt wurden, daß die Reichswehr in Zukunft eine Haltung einnimmt, die dem republikanischen Interesse entspricht. Durch geeignete Bestimmungen sollten etwaige Beziehungen zwischen Reichswehroffizieren und Reichsverbänden ein für allemal unmöglich gemacht und ein Verbot von Offizieren der Reichswehr mit solchen Organisationen als Dienstvergehen bestraft werden. Das Zentrum hatte diese Entschließung geprüft und sie, nach unwesentlichen Veränderungen, auch genehmigt. Danach schien auch hier eine Einigung keine Schwierigkeiten mehr zu machen.

Eine weitere Annäherung brachte die Aussprache, die der Reichskanzler mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte, und an der auch Reichswehrminister Dr. Geßler, General Hebe und Admiral Jenter teilnahmen. Nach einer eingehenden Besprechung der sozialdemokratischen Reichswehrforderungen zeigte die Regierung sich bereit, den Sozialdemokraten in der Frage des Mannschaftserlasses entgegen zu kommen. Das sollte dadurch geschehen, daß die bisher geübte Einholung der kaiserlichen Empfehlungen vor der Einstellung der Rekruten fallengelassen und durch die Mitwirkung der unteren Verwaltungsglieder — Bürgermeistereien und Polizeiverwaltungen — ersetzt werden sollte.

Eine letzte Schwierigkeit bereitete noch die große innen- und außenpolitische Ansprache im Reichstage. Dr. Stresemann hielt eine breite Erörterung der Reichswehrverhältnisse und der damit zusammenhängenden Fragen im jetzigen Augenblick nicht für unangebracht und bat, die Aussprache über Außenpolitik und Wehrfrage auf das notwendigste Maß zu beschränken. Da Dr. Stresemann sich also bereit erklärte, im Ausdrücklichen ausführlich Rede und Antwort zu geben, waren alle Parteien damit einverstanden. Man rechnete daher damit, daß die Aussprache im Reichstage in ein ruhiges Bahngewässer geleitet sei. Ueberlegungen auszufällen waren und ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag nicht mehr in Frage kam. Am Ende der Verhandlungen sollte denn die Große Koalition stehen.

Diese Lage hat dann durch einen Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion erneut eine ungünstige Veränderung erfahren. Die Sozialdemokraten erklärten sich zwar zu Verhandlungen über eine Erweiterung der Großen Koalition bereit, brachten dabei

aber die Auffassung zum Ausdruck, daß hierzu der Rücktritt der Reichsregierung erforderlich sei. Dieser Beschluß, der allgemeine Ueberausgang hervorgerufen hat, ist nach hartem Kampf zustande gekommen. Das beweist die vierstündige Dauer der Fraktionsitzung und der Umstand, daß die Entschließung nicht einstimmig, sondern nur mit Mehrheit angenommen worden ist.

Dieser Beschluß der Sozialdemokraten dürfte dadurch verursacht worden sein, daß die Fraktion eine Verzögerung der Verhandlungen über die Neubildung der Regierung befürchtete und deshalb den Rücktritt des Kabinetts verlangte, um den Zwang zur Beschleunigung der Verhandlungen zu verfahren. Die Reichsregierung erwiderte die neue Wendung der Dinge und beschloß einstimmig, dem Rücktrittsverlangen nicht Folge zu leisten. Darauf machten die Sozialdemokraten noch einmal den Versuch, die Klüfte zu überbrücken. Sie teilten der Regierung mit, von der Forderung auf einen sofortigen Rücktritt Abstand nehmen zu wollen, wenn die Reichsregierung zu dieser Forderung vom Kabinet ebenfalls abgelehnt wurde, beschloßen die Sozialdemokraten, im Reichstage ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einzubringen. Damit war die Entscheidung über den Fortbestand der Regierung auf den Reichstag übergegangen.

## Die Rheinlandräumung.

Eine Erklärung des englischen Außenministers

In der Schlußsitzung des englischen Unterhauses vor der Beratung des Parlaments kam es noch zu einer Aussprache über die Frage der Ausweisung der Rheinland-Gebirgsleute. Mitglieder der Arbeiterpartei erzielten Chamberlain um eine Erklärung über die Haltung, die die englische Regierung in dieser Angelegenheit einnimmt.

Darauf erklärte Chamberlain, wenn sich die Anfrage auf eine Zurückziehung der Truppen vor den vorvertraglich vorgesehenen Zeitpunkten beziehe, so könne er nur sagen, daß für die Haltung der englischen Regierung auch weiterhin die im Artikel 431 des Versailler Vertrages niedergelegten Bedingungen maßgebend sind. Abgesehen davon handele es sich um eine Frage, in der die Regierung im Benehmen mit den anderen Vertragsmächten vorgehe.

Damit gaben sich jedoch die Fragesteller noch nicht zufrieden, sondern ersuchten nun um Auskunft, ob es nicht vorzuziehen wäre, wegen der Zurückziehung der gesamten Streitkräfte aus dem Rheinland gemeinsame Vorstimmungen zu erheben, da dadurch zwischen den betreffenden Ländern und Deutschland eine bessere Atmosphäre geschaffen werde.

Chamberlain antwortete, wenn die Fragesteller an eine Zurückziehung vor der vorvertraglich festgesetzten Zeit denken, so sei zu sagen, daß diese nur das Ergebnis einer Vereinbarung

zwischen den Vertragsmächten und den deutschen Behörden sein könnte, einer Vereinbarung, zu der die deutsche Regierung gern das Ihrige beitragen würde. Auf eine Bemerkung, ob er nicht zu diesen Zwecken Verhandlungen einleiten und die übrigen Mächte von dem Vordringen dieser Idee in Kenntnis setzen wolle, erklärte Chamberlain: Die Unannehmlichkeit hat den Gegenstand von Erörterungen zwischen den Vertretern verschiedener Mächte geteilt. Aber für Schritte dieser Art ist Zeit erforderlich, und wie ich schon gesagt habe, nicht nur Zeit, sondern tätige Mitarbeit sowohl seitens der deutschen Regierung als auch seitens der anderen Mächte, damit eine Lösung gefunden wird.

Das ist eine etwas gewundene Erklärung. Immerhin gibt Chamberlain zu, daß Verhandlungen über eine beschleunigte Räumung im Gange sind. Nach der Darstellung des englischen Außenministers sollen diese Verhandlungen einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Man wird jedoch gut tun, nicht nur Zeit für die Vereinigung dieser Frage zu fordern, sondern auch Maßnahmen zur Beschleunigung der Lösung zu unternehmen. Das ist nicht nur eine Forderung der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch eine Forderung aller davor, denen an einer friedlichen Entwicklung in Europa liegt.

## Der Charakter der Befragung.

Ein wertloses Ueberbleibsel und eine Quelle des Uebelwillens.

Die Notwendigkeit der Zurückziehung der Befragungstruppen wird allmählich von der gesamten Weltpresse erkannt. So eröffnet jetzt auch der „Manchester Guardian“ eine neue Axt auf die Befragung. Wörtlich heißt es: Seit Vordere ist die Befragung ein bedeutungsloses Ueberbleibsel und eine Quelle politischen Uebelwillens geworden. Die Verhandlungen von Thoiry sagten ein Handelsgeschäft ins Auge, durch

das Deutschland seine baldige Befreiung erkaufen sollte. In dieser Richtung scheint jetzt kein Fortschritt zu erwarten zu sein. Dennoch kann man schwer glauben, daß nicht Mittel gefunden werden können, um einen Zustand zu bewahren, der die Deutschen vertritt und den eine immer größer werdende Zahl von Franzosen durch greifbare Vorteile einzutauschen wünscht.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. Dezember 1926.

Die preussische Regierung hat dem Landtage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den das am 31. Dezember ablaufende Schutzpolizeibeamtengesetz zum vierten Mal verlängert wird. Eine weitere Verlängerung ist notwendig geworden, weil das neue Polizeibeamtengesetz immer noch nicht verabschiedet ist.  
Wie der sächsische Finanzminister Dr. Dehne im Staatsratsauschuß mitteilte, weist der sächsische Staatshaushalt bereits einen Defizitbetrag von 95 Millionen Mark auf.  
Eine in Baden abgehaltene Kreisversammlung der Deutschen Demokratischen Partei eruiert den preussischen Außenminister auf seiner im Dortmund-Schulstreich eingegangenen Haltung zu befragen.

Der Gesundheitszustand des 78-jährigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Zuhell, der einen Schockanfall erlitten hat, gibt noch zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß.

Neue Erkrankung des Kaisers. Wie aus Doorn gemeldet wird, ist der ehemalige deutsche Kaiser wiederum erkrankt und gequälter, das Bett zu hüten. Es handelt sich um eine Art Grippe oder Infleuzen, die auf eine Erkältung zurückzuführen ist.

Vertrauenserklärung für die badische Regierung. Die ungebildete badische Regierung, die sich jetzt wieder aus den Parteien der Weimarer Koalition zusammensetzt, hat sich dem Landtag in Karlsruhe vorgestellt und mit diesem mit 39 gegen 18 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen eine Vertrauensklärung erhalten.

Die Weihnachtsbeschlüssen in den Ländern. Von den deutschen Ländern hat bisher lediglich Preußen Schritte unternommen, um seinen Beamten ähnliche Weihnachtszuwendungen zu machen, wie die Reichsregierung sie ihren Beamten gewähren will. Jetzt hat auch die badische Regierung dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen, die den badischen Beamten eine Weihnachtsbesoldung in gleicher Höhe wie den Reichsbeamten gewährt. Im Benehmen mit dem Landtag sollen darüber hinaus auch die Staatsarbeiter eine Weihnachtsbesoldung erhalten.

## Rundschau im Auslande.

Der Brief ist ein deutsch-belgisches Komitee gegründet worden. Dessen Aufgabe darin besteht, alle Wege für eine geistige Annäherung zwischen Deutschland und Belgien zu erkunden.

Nach französischen Pressemitteilungen hat das amerikanische Schahamt von 8 auswärtigen Regierungen, die ihre Kriegsschiffe konsolidiert haben, bereits die Summe von 9758 1/2 Dollar zurückbezahlt.

Der Direktor für Wirtschaftssachen im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Paris, Ministerratier, von Seydoux, der die Verhandlungen über das amerikanische Saarabkommen führt, will aus Gesundheitsrücksichten am 1. Januar zurücktreten.

Die Vereinigung der ausländischen Presse in Paris hat dem französischen Außenminister Briand zur Auszeichnung mit dem Nobelpreis beglückwünscht.

## Eine Privatleihe für Frankreich?

Ein aus Frankreich zurückgekehrter amerikanischer Finanzmann sucht, veröffentlicht einen Brief an den amerikanischen Vizepräsidenten in Paris, in dem er dafür Eintritt, das sich eine private amerikanische Anleihe an Frankreich gewährt werden, um ihm zu ermöglichen, seinen Wehrgeld zu stabilisieren und seine finanzielle Lage wiederherzustellen. Auch hat diese Angelegenheit bereits mit General Dames und Staatssekretär Mellon erörtert und verurteilt gegenwärtig, politische Führer und Finanzmänner an diesem Anleiheplan zu interessieren.

## Die Birminghamer Totenfeier.

Die deutsche Botschaft in London hat die schlichte Gedenkfeier in Birmingham beanstandet, wurde, um Begegnungen am Grabe deutscher Soldaten in Spanien zu vermeiden, mit einer Dankstiftung beanstandet. Eine Berliner Firma hat einen Geldbetrag zum Besten der beteiligten Kinder eingeweiht.

## Parlamentsferien in England.

Das englische Parlament hat seine letzte Sitzungsperiode beendet. Die zum Schluß der Sitzung verlesene Thronrede erwähnt die großen Erfolge, die auf der Reichsversammlung in diesem Jahre erzielt worden sind. Zur Auslandspolitik bemerkte die Thronrede lebhaft, daß die Welt in China mit der arabischen Sturmflut bedroht sei. Die Thronrede erwähnt sodann die finanzielle Lage, die den verderblichen industriellen Konflikt zwischen England niemals erlebt hat. Danach wurde das Parlament geschlossen und, ebenso wie das Oberhaus, auf den 8. Februar 1927 vertagt.